PB.I-01-249-3

Kapitel 6: International zusammenarbeiten

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Jan Schierkolk (KV Frankfurt)

Änderungsantrag zu PB.I-01

Von Zeile 249 bis 264:

~~Wir stehen an der Seite all derer, die in der Türkei für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte kämpfen. Wir verurteilen die Menschenrechts- und Rechtsstaatsverletzungen, fordern eine Freilassung aller politischen Gefangenen und die Rückkehr zu einem politischen Dialog- und Friedensprozess in der kurdischen Frage. Wir weisen die aggressive Außenpolitik der türkischen Regierung entschieden zurück und fordern sie auf, zu einer multilateralen Außen- und Sicherheitspolitik zurückzukehren – das gilt es auch in der NATO zu thematisieren. Die Wiederaufnahme der Gespräche über einen EU-Beitritt kann es erst geben, wenn die Türkei eine Kehrtwende zurück zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit vollzieht. Der bestehende EU-Türkei-Deal untergräbt internationales Asylrecht, ist gescheitert und muss daher beendet werden. Dafür braucht es ein neues, völkerrechts- und rechtsstaatskonformes Abkommen, das aus den Fehlern der Vergangenheit lernt, die notwendige finanzielle und logistische Unterstützung vor Ort garantiert und eine verbindliche Kontingentzusage zur Umsiedlung besonders schutzbedürftiger Geflüchteter in die EU enthält. Wir lehnen es entschieden ab, dass Menschen in Deutschland mit familiären Bindungen in die Türkei von der türkischen Regierung politisch und religiös instrumentalisiert werden, unter anderem durch in Deutschland tätige Vereine und Staatsmedien.~~

Die Türkei und Europa gehören zusammen. Deutschlands Beziehungen zur Türkei sind nicht zuletzt durch die gemeinsame Migrationsgeschichte eng und vielfältig. Umso mehr sind wir bestürzt, wie das Land gespalten, sowie immer näher an einen autoritären Abgrund und weg von der EU getrieben wird. Wir stehen an der Seite all derer, die in der Türkei für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte kämpfen. Wir fordern die sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen und die Aufnahme eines nachhaltigen Dialog- und Friedensprozess in der kurdischen Frage. Gewalt als politisches Instrument, von egal wem, wie auch die aggressive Außenpolitik der türkischen Regierung, weisen wir entschieden zurück. Auch Deutschland und die EU haben gegenüber der Türkei Fehler begangen. Die Wiederaufnahme der Gespräche über einen EU-Beitritt, oder über die Vertiefung der Zollunion, kann es aber nur im Zusammenspiel mit effektiver Rechtsstaatlichkeit und Demokratie geben. Wir erkennen die enormen Leistungen der Türkei bei der Aufnahme von aktuell ca. 4 Millionen vor allem syrischen Geflüchteten an. Die bestehende Migrationsregelung mit der EU muss aber endlich durch eine menschenrechts-, völkerrechts- und rechtsstaatskonforme, sowie solidarische Vereinbarung ersetzt werden. Es braucht dafür auch finanzielle und logistische Unterstützung vor Ort und eine verbindliche Kontingentzusage zur Umsiedlung besonders schutzbedürftiger Geflüchteter in die EU. Wir lehnen es entschieden ab, dass Menschen in Deutschland von der türkischen Regierung und ihren Unterstützer*innen instrumentalisiert oder gar überwacht und bedroht werden. Wir wollen gerade angesichts der aktuellen Schwierigkeiten die vielfältigen lokalen und zivilgesellschaftlichen Brücken zwischen unseren Ländern, wie den deutsch-türkischen Jugendaustausch und die Zusammenarbeit zwischen Städten und Kommunen, ausbauen. Auch hierfür sind wir überzeugt, dass es endlich größere Reisefreiheit für türkische Staatsbürger*innen nach Deutschland braucht.

Begründung

(Antrag und Begründung verfasst und eingereicht von Jan Schierkolk und Kristian Brakel)

Der bisherige Absatz im Programmentwurf klammert die Bedeutung und Tiefe unserer Beziehungen zur Türkei aus, und verpasst damit eine wichtige Gelegenheit, die notwenige deutliche Kritik effektiver, weil erkennbarer aus Verbundenheit, zu üben.

Wir wollen so ein Zeichen setzen, für diejenigen in der Türkei, die gegen die aktuelle Regierungspolitik stehen, aber oft die Kritik aus dem Ausland als zu polemisch wahrnehmen.

Dazu gehört auch Selbstkritik, Differenzierung, und Anerkennung, wo diese angebracht sind.

Z.B.: Die seit Jahren enormen Leistungen der Türkei bei der Aufnahme von Geflüchteten auszuklammern, schwächt sowohl unsere Kritik an der aktuellen Regelung zwischen ihr und der EU, wie auch unser Eintreten für Vielfalt und Aufnahmebereitschaft zuhause.

Außerdem lässt der Entwurf dadurch dass er z.B. nur die Instrumentalisierung türkeistämmiger Menschen in Deutschland thematisiert, eine wichtige Gelegenheit aus, uns auch diesbezüglich stärker als eine inklusive Gesellschaft zu definieren.

Genauso schärfen wir aber auch Kritik, Forderungen und Konsequenzen nach, wo dies angebracht ist. Z.B.: Unser Antrag…

- fordert die sofortige Freilassung pol. Gefangener;

- thematisiert nicht nur die Instrumentalisierung in Deutschland, sondern auch die Überwachung und Bedrohung von Menschen;

- stellt neben der Wiederaufnahme der EU-Beitrittsverhandlungen (im Gegensatz zur aktuellen Bundesregierung) explizit auch die aktuell wieder diskutierte Vertiefung der Zollunion unter Rechtsstaatlichkeits- und Demokratievorbehalt.

Abschließend betont der Antrag die Wichtigkeit, gerade unter schwierigen Bedingungen zivilgesellschaftliche und lokale Beziehungen, Verständigung, Austausch - und damit auch Schutz - zu fördern. Seit Jahren wird den Türk*Innen versprochen, dass sie genauso einfach nach Deutschland reisen sollen, wie wir in die Türkei. Gerade für den Teil der türkischen Gesellschaft, dem wir uns verbunden fühlen ist das Betteln um Visa eine demütigende und kostspielige Angelegenheit, die es erschwert, dass Partnerschaften in der Zivilgesellschaft funktionieren können. Das zu verändern setzt ein sichtbares Zeichen, dass wir zwar gegen die aktuelle türkische Regierung klare Kante zeigen, aber unsere Türen nicht für die Türkei als solche verschließen.

Da der Absatz nach Berücksichtigung all dieser Punkte sonst zu lang würde, schlagen wir für manche Stellen auch Kürzungen oder Verschiebungen vor. Diese bitten wir zumeist als Priorisierungen und Reduzierungen von sinngemäßen Redundanzen und nicht als Ablehnung von Inhalten zu sehen.

weitere Antragsteller*innen

Kristian Brakel (KV Berlin-Kreisfrei); Wanja de Sombre (KV Darmstadt); Miriam Nora Lungwitz (KV Frankfurt); Lino Klevesath (KV Göttingen); Katharina Meixner (KV Frankfurt); Dieter Kaufmann (KV

Frankfurt); Sonja Lattwesen (KV Hamburg-Mitte); Ingrid Peikert-Davidian-Zarneh (KV Frankfurt); Vinko Dundovic (KV Hochtaunus); Nils Schlich (KV Frankfurt); Ralf Zwengel (KV Frankfurt); Hilmar Günther Hermann Heier (KV Frankfurt); Daniel Böttcher (KV Werra-Meißner); Martin Vogl (KV Darmstadt); Simon Lissner (KV Limburg-Weilburg); Marina Ploghaus (KV Frankfurt); Marcus Schmitt (KV Main-Taunus); Sandra Seeger (KV Darmstadt); Steffen Pichl (KV Fulda); Andreas Müller (KV Essen); Marcel Schmidt (KV Miltenberg); Robert Jänicke (KV Frankfurt); Diethardt Stamm (KV Wetterau); Maria Regina Feckl (KV Erding); Jens Polster (KV Celle); Emre Telyakar (KV Frankfurt); Ralf Henze (KV Odenwald-Kraichgau); Uwe Herzog (KV Offenbach-Land); Patrick Voyé (KV Marburg-Biedenkopf); Hanneke Heinemann (KV Frankfurt); Andreas Saakel (KV Lahn-Dill); Karin Saakel (KV Lahn-Dill); Lena Frewer (KV Marburg-Biedenkopf); René Wildangel (KV Berlin-Pankow); Monika Wiebusch (KV Kassel-Stadt); Angelika Wilmen (KV Berlin-Pankow); Hülya Lehr (KV Darmstadt-Dieburg); Dorothea Warns-Ventulett (KV Wetterau); Jonas Krone (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Patrick Schiffer (KV Düsseldorf); Renate Ruff (KV Esslingen); Stephan Wiese (KV Lübeck); Johannes Osterkamp (KV Bremen LdW); Uwe Josuttis (KV Kassel-Stadt); Yvonne Marchewitz (Hannover RV); Ulrike Seemann-Katz (KV Ludwigslust-Parchim); Isil Yönter (KV Wetterau); Berti Furtner-Loleit (KV München); David Baltzer (KV Berlin-Kreisfrei); Jochen Detscher (KV Stuttgart); Tabitha Elkins (KV Erlangen-Stadt); Milan Aljoscha Schröder (KV Main-Taunus); Sue Ehmisch (KV Frankfurt); Sabine Klopp (KV Frankfurt); Gesa Busche (KV Dresden); Monika von der Brüggen (KV Frankfurt); Haluk Kaya (KV Main-Taunus); Maximilian Knut Kiesel (KV Main-Kinzig); Ali Mahdjoubi (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Martin Pabst (KV Frankfurt)